

Tarifrunde 2013: Billionen für die Banken, wie viel für uns?

Was haben die Billionen für die Bankenrettung mit der Tarifrunde 2013 für den öffentlichen Dienst der Bundesländer zu tun? Erst einmal nichts, aber sie zeigen, dass Geld in unvorstellbaren Mengen bereitgestellt werden kann, wenn Politiker dies wollen.

Das zurückliegende Jahrzehnt hat Arbeitnehmer und Beamtinnen und Beamte bei der Lohn- und Gehaltsentwicklung zurückgeworfen. Mit dem Argument, dass angeblich kein Geld vorhanden ist, haben die Arbeitgeber dafür gesorgt, dass die Löhne und Gehälter preisbereinigt, d.h. bei Berücksichtigung der Inflationsrate, sogar gesunken sind.

Auch beim Dumping der Beamtengehälter!

Viel Staatsgeld für die Banken

Die Europäische Kommission hat zwischen Oktober 2008 und Oktober 2011...

4,5 Billionen €

Staatshilfen für Finanzinstitutionen genehmigt

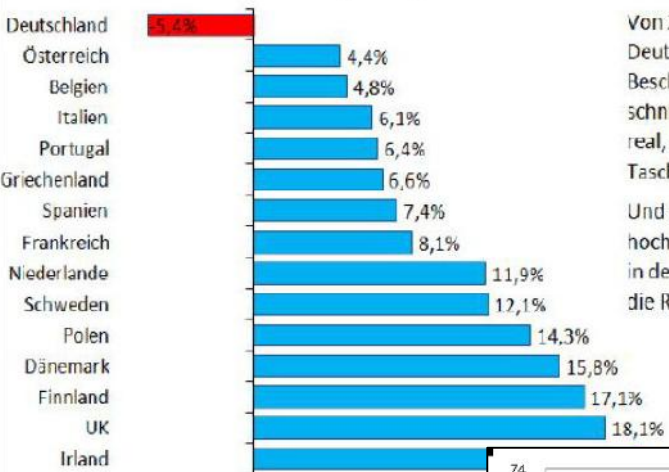
dies entspricht **37%**



des europäischen Bruttonationalprodukts

Quelle: Europäische Kommission 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Deutschland ist Weltmeister beim Lohndumping!



Quelle: Ameco-Datenbank

Von 2000 bis 2010 ist der Reallohn in Deutschland um 5,4 Prozent gesunken! Beschäftigte mit einem durchschnittlichen Verdienst haben heute real, also preisbereinigt, weniger in der Tasche, als vor zehn Jahren.

Und das in einem Land mit einer hochproduktiven Wirtschaft, vor allem in der Industrie. Und ein Land, in dem die Reichen immer reicher werden!

Wir haben uns nicht getraut, die richtigen Forderungen zu stellen – vor allem aber sie auch durchzusetzen.

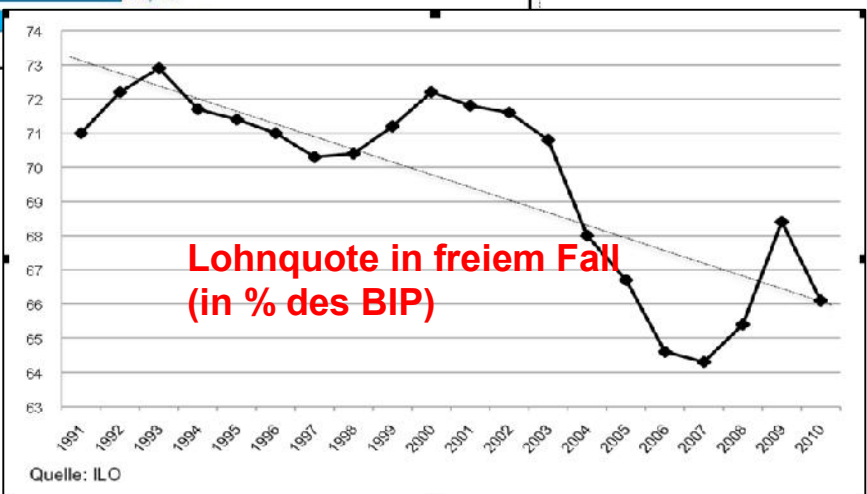
Geld ist genug da. Es ist nur anders verteilt.

Das zeigt die Grafik zur Lohnquote. Die Lohnquote beschreibt

den Anteil des Einkommens aus nicht-selbständiger Arbeit am gesamten Volkseinkommen. Dieser Anteil sinkt beständig.

Dafür hat sich das Vermögen eines kleinen Teils der Bevölkerung verdoppelt.

Wir müssen etwas tun, um die Tendenz zu drehen!



6,5 % mehr – das ist die Forderung, die die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für alle Bundesländer gemeinsam aufgestellt haben.

Die Tarifverhandlungen für die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) haben am 31. Januar begonnen. In Hessen, das als einziges Bundesland der TdL nicht mehr angehört, lag der Startschuss für die Tarifverhandlungen einen Tag später, am 01. Februar. Innenminister Boris Rhein (CDU) hat die Forderung als „überzogen“ zurückgewiesen. Das war nicht anders zu erwarten.

Angeblich lassen die Staatsfinanzen eine solche Lohn- und Gehaltserhöhung nicht zu. Dabei hat der öffentliche Dienst schon ganz erheblich zur Sanierung der Staatsfinanzen beigetragen

➔ durch Stellenabbau und Arbeitsverdichtung,

➔ im Lehrerbereich durch die Arbeitszeitverlängerung im Rahmen der Operation „düstere Zukunft“ des Ministerpräsidenten Koch, den die höheren Gehältern in das Management gelockt haben („Wasser predigen und ...“).

Angesichts der zurückhaltenden Entwicklung bei den Personalausgaben in den vergangenen Jahren und der anstehenden Wahl in Hessen sieht wohl auch die hessische Landesregierung die Notwendigkeit, höhere Aufwendungen für das Personal zu berücksichtigen. Die mittelfristige Finanzplanung sieht bei den Personalausgaben für 2013 eine Erhöhung von 4,5 Prozent vor.

Auch diese Erhöhung wird uns nicht in den Schoß fallen!

Wenn wir nicht wollen, dass wir immer wieder und immer weiter abgehängt werden, müssen auch verbeamtete Lehrkräfte klare Stoppsignale senden.

Das stärkt die Verhandlungsposition der Gewerkschaften bei den Tarifverhandlungen für die Angestellten und führt zu höheren Abschlüssen. Die bisher nicht immer selbstverständliche Übertragung auf die Beamten wird sicherer.

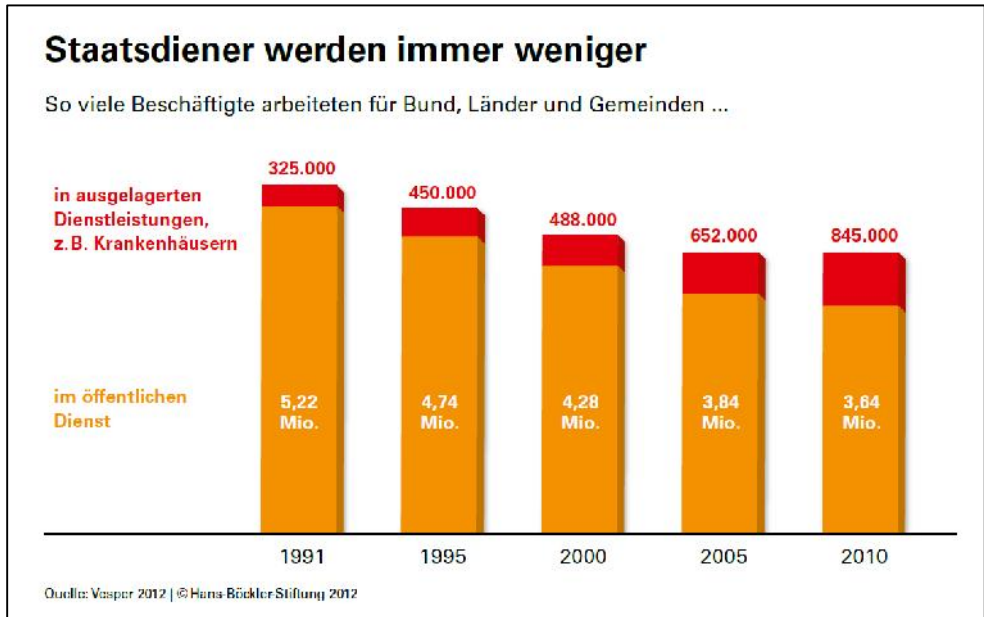


Foto: GEW

Achtet auf Informationen und kommt auf die Beine!!!